



II-11159 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

DIE BUNDESMINISTERIN
für Umwelt, Jugend und Familie
DR. MARILIES FLEMMING

A-1031 WIEN, DEN. 12. Mai 1990
RADETZKYSTRASSE 2
TELEFON (0222) 711 58

Zl. 70 0502/97 -Pr.2/90

51801AB

1990 -05- 18

ZU 5230/J

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates

Parlament
1017 Wien

Auf die Anfrage Nr. 5230/J der Abg. Dr. Keppelmüller und Genossen vom 20. März 1990, betreffend Maßnahmen zum Umweltschutz, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

ad 1 und 2:

Folgende Beiträge wurden zur Fortentwicklung des Umweltschutzes in Österreich geleistet:

I SCHWERPUNKT CHEMIKALIENGESETZ

Zahlreiche Unfälle und Katastrophen mit Chemikalien im letzten Jahrzehnt haben aufgezeigt, daß dem enormen Produktionszuwachs im Bereich der chemischen Industrie ein oft nicht ausreichendes Wissen über die Gefährlichkeit dieser Substan-

- 2 -

zen gegenübersteht. Da die meisten der im Verkehr befindlichen Chemikalien noch keiner oder nur einer unvollständigen Überprüfung dahingehend unterzogen wurden, welche Auswirkungen sie auf das Leben und die Gesundheit des Menschen und die Umwelt haben, war die Schaffung eines zeitgemäßen Chemikaliengesetzes unbedingt notwendig.

Die wesentlichsten Regelungsschwerpunkte des mit 1. Feber 1989 in Kraft getretenen Chemikaliengesetzes, BGBl. Nr. 326/1987 idF BGBl. Nr. 300/1989 sind:

- Einführung des Anmeldeverfahrens für neue Stoffe,
- Verpflichtung, neue Stoffe einer Grundprüfung auf ihre gefährlichen Eigenschaften zu unterziehen,
- zusätzliche Prüfnachweise bei Überschreitung von Mengenschwellen oder in besonderen Verdachtsfällen,
- Anmeldung und Prüfnachweise im Bedarfsfall auch für alte Stoffe,
- Erstellung einer Altstoffliste einschließlich eines Altstoffkatasters,
- Verpflichtung zur entsprechenden Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung gefährlicher Stoffe und Zubereitungen,
- Eingriffsmöglichkeiten der Behörden, gefährliche Stoffe, Zubereitungen oder Fertigwaren aus dem Verkehr zu ziehen oder Beschränkungen und Sicherheitsmaßnahmen zu treffen,
- zentrale Registerführung und Datensammlung für gefährliche Stoffe beim Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie,
- Einsetzung einer Chemikalienkommission,
- Anpassung der giftrechtlichen Vorschriften an den heutigen Stand der Toxikologie

Zur Vollziehung des Chemikaliengesetzes wurden bereits eine Reihe von Verordnungen erlassen. Dabei handelt es sich um folgende Verordnungen:

- 3 -

- * Staatenverordnung, BGBl.Nr. 5/1989
- * Nachmeldeverordnung, BGBl.Nr. 39/1989
- * ChemG-Anmeldungs- und Prüfnachweiseverordnung, BGBl.Nr. 40/1989
- * Chemikalien-Prüfstellenverordnung, BGBl.Nr. 41/1989
- * Verbot vollhalogenierter Fluorchlorkohlenwasserstoffe als Treibgas in Druckgaspackungen, BGBl.Nr. 55/1989
- * Verordnung über die Meldung von neuen Stoffen, die in Mengen von weniger als einer Tonne jährlich im Bundesgebiet in Verkehr gesetzt werden, BGBl. Nr. 157/1989
- * Verordnung über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von gefährlichen Stoffen und Zubereitungen (Chemikalienverordnung), BGBl.Nr. 208/1989
- * Verbot der Einfuhr bestimmter Stoffe aus Nichtvertragsstaaten des Montrealer Protokolls, BGBl. Nr. 68/1990
- * Verordnung über die Änderung der Chemikalienverordnung, BGBl. Nr. 69/1990
- * Gemeinsame Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und öffentlicher Dienst und des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie über die Anpassung der Kennzeichnung bestimmter Pflanzenschutzmittel, Vorratsschutzmittel und Schädlingsbekämpfungsmittel und über die Begasung mit Giften, BGBl. Nr. 178/1990
- * Verordnung über Beschränkungen des Inverkehrsetzens und über die Kennzeichnung formaldehydhältige Stoffe, Zubereitungen und Fertigwaren, BGBl. Nr. 194/1990

II SCHWERPUNKT LUFT

Das Smogalarmgesetz, BGBl. Nr. 38/1989, bietet ein Instrumentarium zur Vermeidung der Gefährdung der Gesundheit der Bevölkerung durch Luftschadstoffe an, da auf Grund von Smogalarmplänen Maßnahmen wie die Beschränkung des Kraftfahrzeugverkehr, die Beschränkung oder Stilllegung des Betriebes von Anlagen sowie die Einschränkung des Hausbrandes getroffen werden können.

- 4 -

Für die Einrichtung des Smogmeßnetzes Graz sind bisher Kosten in der Höhe von 8,652.756.000,-- öS angefallen. Es wurden drei neue Immissionsmeßstationen eingerichtet und das meteorologische Überwachungsnetz ausgebaut. Die Meßstationen sind im Betrieb.

Eine von mir in Auftrag gegebene Studie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften "Luftqualitätskriterien Ozon" publiziert und an Wissenschaftler, Fachleute, Behörden, Ärzte, Lehrer und andere an diesem Problemkreis Interessierte versandt. Auf Basis der in dieser Studie empfohlenen Warnwerte und Alarmwerte wurde von Hygienikern und Fachleuten meines Ressorts ein Informationsblatt erarbeitet, das im Mai an alle Haushalte versandt wird. Darin sind kurze Informationen über Entstehung und Wirkung des Ozons, Warnwerte und Verhaltensempfehlungen bei erhöhten Konzentrationen enthalten. Weiters werden Maßnahmen, die mittel- und längerfristig zu treffen sein werden, um das Problem zu lösen, erläutert.

Weiters wurde eine Art. 15 a B-VG-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern über den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl, BGBl. Nr. 369/1989, abgeschlossen. Es wurden bereits Verhandlungen für eine weitere Herabsetzung des Schwefelgehaltes im Heizöl aufgenommen. Mit dem Abschluß einer Vereinbarung nach Art. 15 a B-VG ist noch Mitte dieses Jahres zu rechnen.

III. SCHWERPUNKT ABFALL UND ALTLASTEN

Im Rahmen der Arbeiten eines von mir eingerichteten Expertenkreises wurden unter Mitwirkung des Umweltbundesamtes Leitlinien zur Abfallwirtschaft erarbeitet und veröffentlicht.

Vom Umweltbundesamt wurde gem. § 21 des Sonderabfallgesetzes, BGBl. Nr. 186/1983 i.d.g.F, der Entwurf eines Rahmenkonzeptes für die Beseitigung von Sonderabfällen erarbeitet, der bereits den begutachtenden Institutionen zur Stellungnahme übermittelt worden ist.

- 5 -

Durch zwei Novellen zum Sonderabfallgesetz, BGBl. Nr. 376/1988 und BGBl. Nr. 256/1989, wurde der Geltungsbereich der dem Sonderabfallgesetz unterliegenden Tätigkeiten auf dem medizinischen und wissenschaftlichen Bereich ausgedehnt.

Durch die Verordnung über die Nachweispflicht von Sonderabfällen (Sonderabfallnachweisverordnung), BGBl. Nr. 553/1989, wurde die Aufzeichnungs-, Melde- und Nachweispflicht der Sonderabfallbesitzer für Sonderabfälle geregelt.

Im Rahmen des Verbindungsdienstes zum Österreichischen Normungsinstitut im Bereich Abfallwirtschaft wurde an der Überarbeitung bzw. Fortschreibung zahlreicher ÖNORMEN betreffend Deponien bzw. Abfälle mitgewirkt.

In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft wurden die Richtlinien für Hausmülldeponien erstellt und veröffentlicht.

Durch das Altlastensanierungsgesetz, BGBl. Nr. 299/1989, sollen für die in Österreich existierenden ca. 3500 aufgelassenen Deponien, von denen ein Teil dringendst saniert werden muß, die erforderlichen finanziellen Mittel zur Altlastensicherung und -sanierung durch Einhebung eines Altlastenbeitrages aufgebracht werden.

Gemäß § 2 Abs. 6 ALSAG wurde von mir eine Verordnung über die Festlegung von gefährlichen Abfällen, BGBl. Nr. 607/1989, erlassen.

Vom Umweltbundesamt wurde in Anlehnung an bereits existierende ausländische Entwürfe ein Leitfaden zur einheitlichen Ermittlung des Gefährdungspotentials von Altablagerungen und Altstandorten ausgearbeitet. In mehreren Fällen wurde eine Abschätzung des aktuellen Gefährdungspotentials von Deponien vorgenommen.

IV SCHWERPUNKT BODEN, VEGETATION UND ÖKOSYSTEME; NATUR UND LANDSCHAFT

Das Umweltbundesamt erarbeitete einen Naturwissenschaftlichen Problem- und Zielkatalog zur Erstellung eines österreichischen Bodenschutzkonzeptes.

Förderungen im Zusammenhang mit der Erschließung bzw. Aufrechterhaltung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten wurden und werden getätigt.

V SONSTIGES

Hinzuweisen ist weiters auf das im März 1988 eingerichtete "Bürgerservice-Umweltschutz", daß direkte und sachkundige Informationen insbesondere zu Fragen der Abfallvermeidung, Entsorgung, Lärm-, Abgas- und Geruchbelästigung, Wohngifte sowie Natur- und Landschaftsschutz erteilt.

Im Bereich des von mir verwalteten Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds wurden folgende legislative Arbeiten durchgeführt:

- * Neufassung der Förderungsrichtlinien nach dem Wasserbautenförderungsgesetz für die Förderung von abwasserrelevanten Maßnahmen im Unternehmensbereich
- * Neufassung der Förderungsrichtlinien nach dem Umweltfondsgesetz
- * Novellierung der Vergaberichtlinien nach dem Wasserbautenförderungsgesetz

Die Novellierung der Förderungsbestimmungen für betriebliche Umweltmaßnahmen haben zum einen zur Folge, daß dem Vorsorgeprinzip Rechnung getragen wurde und der Standard der geförderten Maßnahmen deutlich angehoben wurde und zum anderem eine Akkordierung der beiden Förderungsinstrumente verwirklicht wurde.

- 7 -

Die Novellierung der Vergaberichtlinien verwirklichen nunmehr das Bestbieterprinzip und regeln unter anderem das umweltfreundliche Vergabewesen.

Des weiteren plane ich die Ausweitung der Agenden des Ökofonds, um österreichische Firmen, die in Form von joint ventures oder direkt Anlagen zur Luftreinhaltung in Betrieben der Oststaaten errichten, fördern zu können. Meiner Meinung nach müßte dies jedoch davon abhängig sein, daß hiedurch positive Auswirkungen auf die Luftgüte in Österreich bewirkt werden und die Wertschöpfung im Inland verbleibt.

Hinsichtlich weiterer Tätigkeiten des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds verweise ich auf den beiliegenden, dem Nationalrat bereits vorgelegten, Tätigkeitsbericht des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds.

Weiters lege ich den Umweltkontrollbericht aus dem Jahr 1988 und eine beispielsweise Zusammenstellung des Umweltbundesamtes über abgeschlossene und laufende Aktivitäten als Beilagen vor.

ad 3:

I SCHWERPUNKT CHEMIKALIENGESETZ

In das Begutachtungsverfahren ausgesandt wurde die

- * Verordnung über Beschränkungen und die Kennzeichnung von Polyvinylchlorid (PVC)
- * Verordnung über eine Verwendungsbeschränkung und die Kennzeichnung umweltschädlicher Schmierstoffe
- * Verordnung über das Verbot von Antifouling-Farben
- * Verordnung über das Verbot von Pentachlorphenol

- 8 -

Bezüglich folgender Verordnungen werden Verhandlungen nach dem Begutachtungsverfahren geführt:

- * Entwurf einer Verordnung über ein Verbot von Halonen
- * Entwurf einer Verordnung über ein Verbot bestimmter gefährlicher Stoffe in Pflanzenschutzmitteln

Folgende Verordnungen befinden sich im Einvernehmensverkehr:

- * Verordnung über Beschränkungen und Verbote der Verwendung, der Herstellung und des Inverkehrsetzens von vollhalogenierten Fluorchlorkohlenwasserstoffe
- * Verordnung über Beschränkungen des Inverkehrsetzens und des Herstellens, des Verwendens sowie über die Kennzeichnung asbesthaltiger Stoffe, Zubereitungen und Fertigwaren (Asbestverordnung)

Im Rahmen des Vollzugs des Chemikaliengesetzes übernimmt das Umweltbundesamt die Aufgaben der im Chemikaliengesetz vorgesehenen "Zentralen Register- und Informationsstelle", sowie die Abwicklung der sich daraus ergebenden Informations- und Mitteilungspflichten.

II SCHWERPUNKT LUFT:

Untersuchungen über Ozonentstehung und Transportverhältnisse insbesondere im alpinen Bereich sind im Rahmen des Wissenschaftlichen Beirats für Umweltfragen geplant, um lokal und regional gezielt wirksame emissionsmindernde Maßnahmen einleiten zu können.

Im Rahmen des Bund-Länder-Arbeitskreises, der unter anderem Richtlinien zur Immissionskonzentrationsmessung erarbeitet, wurde auch die Problematik einer für möglichst große Gebiete repräsentativen Ozonmessung behandelt. Eine Einigung wurde

- 9 -

vorläufig dahingehend erzielt, Österreich im Hinblick auf die Beurteilung der Ozonbelastung in 12 Regionen einzuteilen, wobei in jedem dieser Gebiete 3 Ozonmeßstationen eingerichtet sein sollten. Wird der 3-Stundenmittelwert von 100 ppb überschritten, so hat eine Information an die Nachbarbundesländer zu ergehen (Telefax), bei Überschreitung an zwei Stationen in einem Gebiet wird die Öffentlichkeit informiert.

Im Belastungsgebiet Großraum Linz sind 10 Smogmeßstationen im Betrieb, die zum Teil mit Landesmeßgeräten, zum Teil mit Meßgeräten aus der Bundesländergeräteaktion bestückt sind. Für den weiteren Betrieb dieses Meßnetzes als Smogmeßnetz wird allerdings demnächst notwendig sein, Geräte, die vor 1985 angeschafft wurden, durch neue Bundesgeräte zu ersetzen. Voraussichtlich werden folgende Neuanschaffungen notwendig sein:

- 10 Staubmeßgeräte
- 9 SO₂ Meßgeräte
- 8 Stickoxidmeßgeräte
- 2 Container

Es sind Kosten in der Höhe von 8-10 Mio. Schilling zu erwarten.

Hinsichtlich des Smogmeßnetzes Wien sind laut vorgelegtem Smogalarmplan 14 Meßstationen als Smogmeßstationen zu betreiben, die ebenfalls bereits eingerichtet und zum Großteil mit neuen Geräten ausgestattet sind. Eine Erweiterung der meteorologischen Meßeinrichtungen zur Messung des Temperaturprofils wird notwendig sein. Kostentragungsverhandlungen darüber und über den Ersatz veralteter Geräte durch neue Bundesgeräte werden demnächst eingeleitet werden. Es sind Kosten in der Höhe von 8-10 Mio. Schilling zu erwarten.

Eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung über Immissionsgrenzwerte, Immissionsmessungen und Luftreinhaltekonzepte soll im Rahmen eines "Immissionsschutzgesetzes" geschaffen werden.

Eine Verordnung mit der ÖNORMEN betreffend Kraftstoffe für verbindlich erklärt werden, soll mit 1. September 1990 in Kraft treten.

III. SCHWERPUNKT ABFALL UND ALTLASTEN:

Durch die B-VG Novelle 1988, die mit 1. Jänner 1989 in Kraft getreten ist, ist nunmehr die Erlassung eines Abfallwirtschaftsgesetzes, das den Bereich der Abfallvermeidung, Abfallverwertung und Abfallentsorgung regelt, möglich. Der Entwurf des Abfallwirtschaftsgesetzes, der insbesondere die Strategie der Abfallvermeidung und Abfallverwertung verfolgt, hat bereits den Ministerrat passiert und soll noch in dieser Legislaturperiode vom Nationalrat beschlossen werden.

IV SCHWERPUNKT BODEN, VEGETATION UND ÖKOSYSTEME; NATUR UND LANDSCHAFT

Vom Umweltbundesamt ist ein Projekt bezüglich der Zustandskontrolle von Natur- und Landschaftsschutzgebieten in Österreich geplant.

V SCHWERPUNKT UMWELTVERTRÄGLICHKEITSPRÜFUNG

Ein Entwurf eines Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes wurde im April 1989 in das allgemeine Begutachtungsverfahren ausgesandt. Der auf der Grundlage der eingelangten Stellungnahmen überarbeitete Entwurf wird derzeit noch mit den betroffenen Ressorts und den Ländern verhandelt und soll demnächst in den Ministerrat eingebracht werden.

VI SCHWERPUNKT UMWELTZEICHEN

Hinzuweisen ist weiters auf die Vorbereitung der Vergabe eines Umweltzeichens für "umweltfreundlichere Produkte". Dieses Umweltzeichen soll umweltbewußte Konsumenten bei ihrer Kaufentscheidung unterstützen. Einhergehen soll damit eine

- 11 -

umweltschonende oder umweltentlastende Umstellung der Konsumgüterversorgung, da jene Hersteller und Importeure die sich bei ihren Produkten um eine Verringerung der Umweltbelastung bemühen, Wettbewerbsvorteile erzielen können.

A handwritten signature in black ink, consisting of several stylized, overlapping loops and lines, positioned vertically in the center of the page.

Von der Vervielfältigung der der Anfragebeantwortung angeschlossenen Berichte III-95 d.B. und III-128 d.B. wurde gemäß § 23 Abs. 2 GOG Abstand genommen, da diese den Abgeordneten zugegangen sind.

Die gesamte Anfragebeantwortung liegt überdies in der Parlamentsdirektion zur Einsichtnahme auf.

Betreff: Parlamentarische Anfrage Nr. 5230/J Zl. 14 1000/42-II/5/90

Das Umweltbundesamt erstattet für die Beantwortung des Punktes 1 der gegenständlichen Anfrage seine Tätigkeit betreffend folgenden Antwortentwurf:

(1) Von den vom Umweltbundesamt zwischen 1988 und April 1990 abgeschlossenen Projekten seien beispielhaft die folgenden genannt:

1 Schwerpunkt Luft

o Konzept für Immissionsmessungen in Österreich

Im Rahmen der Arbeit wurden die notwendige Zahl und die Anordnung von Meßstellen zur Überwachung der Immissionen in Österreich untersucht.

o Mitarbeit an der Erstellung eines Luftqualitätskriteriums für Ozon

Die Österreichische Akademie der Wissenschaften wurde vom Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie mit der Erstellung von Luftqualitätskriterien für Ozon beauftragt. Im Rahmen dieser Arbeiten wird vom Umweltbundesamt die Immissionssituation in Österreich dargestellt. Weiters wird ein Überblick über die internationalen Kriterien und Grenzwerte erarbeitet.

o Mitwirkung an der ECE-Task-Force VOC

Im Rahmen einer internationalen Arbeitsgruppe zum Themenkreis Emissionen organischer Stoffe (VOC) wurden insbesondere Emissionsdaten der verschiedenen Anlagen sowie der organischen

Stoffe aus österreichischer Sicht behandelt. Als Grundlage für die Mitarbeit wurde ein österreichischer Statusbericht erarbeitet.

o Mitarbeit an der Richtlinie zur Durchführung von Immissionskonzentrationsmessungen, Teil Stickstoffoxide

Diese in Zusammenarbeit mit Experten der Bundesländer erarbeitete Richtlinie soll in Fortsetzung zu den zuvor erstellten Teilen über Schwefeldioxid und Staub eine bundesweit einheitliche Vorgangsweise für Immissionskonzentrationsmessungen von NO_x gewährleisten.

o Entwicklung eines Standard-Magnetbandformates für den Austausch umweltrelevanter Meßdaten sowie zugehöriger Zugriffssoftware

Um die technischen Grundlagen für eine genormtes Datenformat für den Austausch von umweltrelevanten Daten zu schaffen, wurde ein Vorschlag für eine solche Datenstrukturierung ausgearbeitet und in verschiedenen Gremien diskutiert. Der Vorschlag stellte eine Grundlage für den Entwurf der ÖNORM M 5867 (Luftreinheitung. Weitergabe von Immissionsmeßdaten im Rahmen der elektronischen Datenverarbeitung) dar. Zusätzlich wur-

Abgeschlossene Projekte (1988 bis März 1990)

2

den Zugriffsprogramme zur Erstellung und Verarbeitung solcher Standardformate erstellt.

o Emissionsmessungen an verschiedenen Anlagen

Zumeist im Wege der Amtshilfe wurden Emissionsmessungen an verschiedenen Betriebsanlagen durchgeführt.

o Messungen im Rahmen des OECD-Oxidantienprogrammes zur Erfassung der großräumigen Ozonbelastung

Im Rahmen dieses langfristigen internationalen Meßprogrammes erfolgten kontinuierliche Langzeit-Messungen von O₃, NO₂ und der Globalstrahlung an der Meßstelle in Illmitz. Ergebnis des internationalen Programmes waren ein Rechenmodell und eine Strategie zur optimalen Reduktion von Kohlenwasserstoffen und Stickoxiden, um noch festzulegende Immissionsgrenzwerte für Ozon einhalten zu können.

o Hintergrundmeßstation Exelberg

Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz hatte bereits im Jahre 1981 eine Pilotstation am Rand von Wien errichtet. An dieser Meßstelle wurden Sondermeßprogramme durchgeführt. Der Bericht über die Messungen des Jahres 1987 enthält interpretierte Meßergebnisse für verschiedene nicht konventionell gemessene Schadstoffe aus einem Untersuchungszeitraum von etwa drei Jahren. Er zeigt für verschiedene Parameter bei manchen Wetterlagen die Vorbelastung der Stadt, bei anderen Wetterlagen den Einfluß der Stadtemission auf die am westlichen Stadtrand gelegene Station. Im Jahr 1988 wurde insbesondere der Immissionsbeitrag von Wien bezüglich der Bildung von Oxidantien während sommerlicher Schönwetterperioden untersucht.

o Untersuchung der Smogbildung über Wien

Gemeinsam mit dem Magistrat der Stadt Wien (MA 22), der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik, der Universität Wien und der Technischen Universität Wien führte das Umweltbundesamt eine Untersuchung der Smogbildung über Wien während einer sommerlichen Inversionswetterlage durch. Vom Umweltbundesamt wurden

im Rahmen dieser Arbeit ortsfeste Immissionsmessungen und, mit Hilfe eines Meßflugzeuges, Messungen der Ozonbildung im Raum Wien durchgeführt.

o Immissionsmessungen im Raum Gmunden (Oberösterreich)

Als Amtshilfe für das Amt der Oberösterreichischen Landesregierung wurden Staubbiederschlagsproben auf die Schwermetalle Blei, Thallium, Cadmium und Zink analysiert. Die Proben werden während einiger Monate in der Umgebung des Zementwerkes genommen.

o Immissionsmessungen in St. Magdalen (Kärnten)

Aufgrund einer Beschwerde von Anrainern wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend u. Familie am 19.8.1989 eine SO₂-Immissionsmeßstelle in der Nähe des Zellstoffwerkes Villach GesmbH in St. Magdalen errichtet. Dabei wurden beträchtliche Grenzwertüberschreitungen für SO₂ an der Meßstelle festgestellt. Diese Meßergebnisse waren u.a. Grundlage für die Einleitung eines Verfahrens nach § 360 Gewerbeordnung 1973 durch die Gewerbebehörde 1. Instanz.

o SO₂-Messungen in Kematen/Ybbs

Die Sicherheitsdirektion Niederösterreich hat sich in Ersuchen um Amtshilfe an das Umweltbundesamt gewandt, um die Luftbelastung durch die Laugenrückgewinnungsanlage des Zellstoffwerkes der Fa. Neusiedler in Kematen/Ybbs untersuchen zu lassen. Zu diesem Zweck errichtete das Umweltbundesamt zwei SO₂-Meßstellen bei Beschwerdeführem. Während der Meßdauer von 2 1/2 Monaten konnten fallweise kurzzeitig hohe SO₂-Konzentrationen festgestellt werden; ein entsprechendes Gutachten wurde dem Landesgericht St. Pölten übermittelt.

o Messung der Transmission von SO₂ und NO_x im Raum Mellach

Die räumliche Verteilung der SO₂- und NO_x-Immissionen in der Umgebung des Fernheizkraftwerkes Mellach wurde gemäß behördlicher Auflagen mit Transmissionsmessungen im Jahr 1987 stichprobenartig gemessen.

Abgeschlossene Projekte (1988 bis März 1990)

3

o Messungen der Fluoriddeposition in St. Georgen (Oberösterreich)

Von 4. Juli 1985 bis 24. April 1986 wurden neuerlich Messungen der Fluoriddeposition in St. Georgen (Oberösterreich) durchgeführt, um den Einfluß des dortigen Quarzsandwerkes auf die Fluoriddeposition zu bestimmen. Die Arbeiten erfolgten im Rahmen einer umfassenden Untersuchung mehrerer Stellen über die Umweltbelastung im Raum St. Georgen.

o Fluoridmessungen in Mauthausen

In der Umgebung des Ziegelwerkes in Mauthausen (Oberösterreich) wurden 1988 auf Ersuchen der Gemeinde Depositionsmessungen vorgenommen, um festzustellen, ob das Ziegelwerk jene Quelle ist, welche maßgeblich die Fluoridbelastung in Mauthausen (bzw. im Ortsteil Heinrichsbrunn) bestimmt. Dazu erfolgten 4–14 tägige Meßserien an ca. 20 Meßstellen. Zur Kontrolle der Immissionssituation wurden auch 1989 ca. sechs 7-tägige Meßreihen durchgeführt.

2 Schwerpunkt Abfall und Altlasten

o Mitwirkung an der Erstellung der Leitlinien zur Abfallwirtschaft

Im Rahmen der Arbeiten eines vom Ministerium für Umwelt, Jugend und Familie eingerichteten Expertenkreises zur Erstellung von Leitlinien für die Abfallwirtschaft wurde vom Umweltbundesamt insbesondere der aktuelle Stand der Abfallwirtschaft in Österreich dargestellt.

o Erstellung eines Rahmenkonzeptes für die Beseitigung von Sonderabfällen gem. § 21 Sonderabfallgesetz 1983

Das Sonderabfallgesetz sieht die Erstellung und Fortschreibung eines Sonderabfallbeseitigungskonzeptes vor. Der vom Umweltbundesamt erstellte Entwurf eines Konzeptes beschreibt die jährlich zu behandelnden Massen entsorgungsbedürftiger Sonderabfälle und gibt die dafür erforderlichen Behandlungsanlagen an.

o Sonderabfallverbund Österreich–Mitte: Erster Zwischenbericht – Grundlagen- erhebung

Im Zuge von Besprechungen mit Vertretern der Ämter der Landesregierungen von Kärnten, Salzburg und der Steiermark, dem "Wissenschaftlichen Rat" und den Vertretern des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie wurde das Umweltbundesamt ersucht, am Konzept des Sonderabfallverbunds "Österreich Mitte" mitzuwirken und den Teilbereich "Grundlagenerhebung" zu verfassen.

o Einrichtung eines Sonderabfalldatenverbundes

In Zusammenarbeit mit den Bundesländern wurden die Anforderungen spezifiziert. Vom Umweltbundesamt werden Soft- und Hardware zur bundesweiten Erfassung und zum bundesweiten Austausch von Sonderabfalldaten bereitgestellt. Mitarbeit erfolgte bei der Formulierung des Sonderabfallgesetzes und der Sonderabfallnachweisverordnung. Nach einer Testphase im Jahr 1989 findet entsprechend dem Sonderabfallgesetz seit 1.1.1990 Echtbetrieb (mit einer Übergangsphase) statt.

o Studie über die Recycling-Technologien für Altbatterien und die notwendigen Maßnahmen zur Errichtung eines Altbatterien- verwertungssystems in Österreich

Die Studie gibt eine detaillierte Bestandsaufnahme aller derzeitigen und in Entwicklung befindlichen Recyclingtechnologien und beurteilt diese nach ihren Errichtungs- und Betriebskosten sowie ihren technischen Merkmalen (Verarbeitungskapazitäten, Qualität und wirtschaftliche Verwertbarkeit der Produkte aus ihren Prozessen). Weiters wurde ein Szenarium für einen reibungslosen Ablauf der Wiederverwertung entworfen.

o Leitfaden zur Bewertung von Altstand- orten in Österreich

In diesem Projekt wurde in Anlehnung an bereits existierende ausländische Entwürfe ein Leitfaden zur einheitlichen Ermittlung des Gefährdungspotentials von Altablagerungen und Altstandorten ausgearbeitet.

Abgeschlossene Projekte (1988 bis März 1990)

4

- o Luftbildgestützte Erhebung von Alttablagerungen – Projekt Mayrhofen–Zell/Ziller

Die Methode der luftbildgestützten Erfassung von Alttablagerungen wurde hinsichtlich ihrer Tauglichkeit im alpinen Gelände überprüft und entsprechend erweitert. Die Ergebnisse wurden digital aufbereitet und in Datenbankstrukturen eingegliedert.

- o Beurteilung des Gefährdungspotentials verschiedener Deponien

In mehreren Fällen wurde eine Abschätzung des aktuellen Gefährdungspotentials von Deponien vorgenommen.

3 Schwerpunkt Boden, Vegetation und Ökosysteme

- o Problemerkatalog und Zielvorstellungen für ein österreichisches Bodenschutzkonzept

Für das Koordinationskomitee für Umweltschutz wurden in Zusammenarbeit mit Experten aus Wissenschaft und Verwaltung im Rahmen von sechs Arbeitsgruppen (Wasser, Landwirtschaft, Wald, Flächenverbrauch, Georessourcen, Forschung) ein umfassender Problemerkatalog und Zielvorstellungen zum Bodenschutz in Österreich erstellt. Die Studie soll Grundlage für eine juristische Arbeitsgruppe sein, die die Möglichkeiten zur Umsetzung der gestellten Forderungen in Rechtsnormen ausarbeiten soll.

- o Erstellung eines Problemerkataloges zur Situation der Tropischen Regenwälder als Hintergrundpapier zur "International Conference on the Protection of Tropical Forests" (Wien, 5./6. September 1989)

Am 5. und 6. September 1989 wurde auf Einladung des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie eine internationale Konferenz zum Schutz der tropischen Wälder abgehalten. Für diese Konferenz wurde ein "Background Paper" erstellt, welches die Situation der Umwelt aus globaler Sicht und der Tropenwälder im besonderen beleuchtet. Bedeutung, Gefährdung und Lösungsstrategien – vor allem aus österreichischer Sicht – waren darzustellen. Die Beiträge

und Unterlagen der Konferenz wurden vom Umweltbundesamt als Bd. 1 der Reihe "Conference Papers" veröffentlicht.

- o Analyse der Dioxinbelastung im Raum Brixlegg

In der Umgebung der Montanhütte Brixlegg der AMAG wurden Boden-, Pflanzen- und Milchproben auf den Gehalt an Dioxin analysiert. Diese Messungen, die eine Ergänzung zum Programm "Studie über die Umweltsituation im Raum Brixlegg" darstellen, zeigten beträchtliche Belastungen des Ökosystems mit Dioxin.

- o Erhebung des Waldzustandes im Raum Bad Hofgastein mit Hilfe von Infrarotluftbildern

Die wesentlichste Grundlage einer Beurteilung des Waldzustandes, die Interpretationsschlüssel der Hauptbaumarten, waren in der Projektstufe I erarbeitet worden. Darauf aufbauend wurde der Zustand des Waldes im Raum Bad Hofgastein bestandesweise ermittelt, einer statistischen Analyse unterzogen und in einer für die forstliche Betriebsplanung, für Planungen der Wildbach- und Lawinenverbauung sowie der regionalen Raumplanung nutzbaren Karte dargestellt.

- o Boden- und Vegetationsuntersuchungen im Bereich der Tauernautobahn

Um die verkehrsbedingten Auswirkungen der Kfz-Emissionen auf der Scheitelstrecke der Tauernautobahn auf ihre Umgebung feststellen zu können, wurden Boden und Vegetation auf ihre Schadstoffbelastung (u.a. Schwermetalle, Schwefel, PAHs) untersucht.

4 Schwerpunkt Natur und Landschaft

- o Kartierung ausgewählter Kulturlandschaftstypen Österreichs

Ziel dieser gemeinsam mit dem Institut für Landschaftsgestaltung und Gartenbau der Universität für Bodenkultur durchgeführten Arbeit war vor allem die Erarbeitung von Methoden und Richtlinien für eine flächendeckende Erhebung und Kartierung der verschiedenen Kulturlandschaftstypen.

Abgeschlossene Projekte (1988 bis März 1990)

5

- o **Biotoptypen in Österreich – Vorarbeiten zu einem Katalog**

Auf vegetationskundlicher Grundlage wurde durch Geländearbeit und Literaturstudien eine Liste von Typen der verschiedenen in Österreich vorkommenden Biotope erarbeitet. Die gemeinsam mit dem Botanischen Institut der Universität für Bodenkultur Wien durchgeführte Studie soll eine Fachgrundlage für die konkrete Biotopkartierung darstellen.

- o **Kartographische Darstellung naturnaher Flächen sowie der landwirtschaftlichen Bodennutzung in ausgewählten Gebieten des Landschafts- und Teilnaturschutzgebietes Neusiedler See**

In Zusammenarbeit mit dem Amt der Burgenländischen Landesregierung wurde eine kartographische Darstellung naturnaher Flächen sowie eine Nutzungskartierung in ausgewählten Gebieten des Landschafts- und Teilnaturschutzgebietes Neusiedler See durchgeführt. Die planische Darstellung erfolgte mit Hilfe des geographischen Umweltinformationssystems des Umweltbundesamtes.

- o **Ökologischer Rahmenvorschlag und Materialiensammlung für Richtlinien zur Errichtung von Feuchtbiotopen**

In Zusammenarbeit mit Experten der Niederösterreichischen Agrarbezirksbehörde, dem Österreichischen Bundesinstitut für Gesundheitswesen sowie Vertretern der Universität für Bodenkultur Wien wurde ein Richtlinienentwurf erstellt, der bei der Errichtung von Feuchtbiotopen im Grundwasserschwankungsbereich durch die zuständigen Behörden Anwendung finden soll.

- o **Biotopflächenentwicklung Schrick**

Das Umweltbundesamt arbeitete im Zeitraum vom April 1987 bis Februar 1988 Managementvorschläge zur Entwicklung naturnaher Biotopflächen (wie Trockenwiesen, Dauerbrachen, Wildkrautäcker, Sukzessionsflächen und Hecken) in Schrick aus. Betroffen sind davon Flächen mit einem Gesamtausmaß von etwa 11 ha, die Pflege und Anlage wird von der Bevölkerung von Schrick, insbesondere den Landwirten, übernommen.

- o **Biotopinventarisierung am Truppenübungsplatz Großmittel**

Auf Ersuchen des Bundesministeriums für Landesverteidigung übernahm das Umweltbundesamt die Koordination der Biotopinventarisierung am Truppenübungsplatz Großmittel und die Durchführung eines Teils der Erhebungen.

- o **Überprüfung von Öko-Checklisten für die Verbesserung von Schiabfahrten im Hinblick auf Umwelteinflüsse**

Anhand einer wissenschaftlichen Begleituntersuchung wurde die Wirksamkeit von Öko-Checklisten für Schiabfahrten überprüft.

- o **Mitarbeit an einer OECD-Studie zum Thema "Umweltschutz und Landwirtschaft"**

In Zusammenarbeit mit Experten des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft wurden im Rahmen der OECD-"Ad hoc Group on Agriculture and Environment" ein Länderbericht über Österreich sowie eine Fallstudie zu diesem Thema erstellt.

5 Schwerpunkt Wasser

- o **Immissionen in Oberflächengewässern bei Betrieben der österreichischen Zellstoff- und Papierindustrie**

Der Nationalrat hatte mit Entschliebung vom 2. Dezember 1988 die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie ersucht, das Umweltbundesamt mit einer bis Ende 1989 zu erstellenden Studie über die von der österreichischen Papier- und Zellstoffindustrie verursachten Gewässerbelastungen zu beauftragen. In einer bei allen 38 österreichischen Werken dieser Branche durchgeführten Erhebung wurden vom Umweltbundesamt grundlegende produktions- und umweltbezogene Daten für das Stichtjahr 1988 sowie eine Vorausschau für das Jahr 1993 erfaßt. An 13 nach Größe und Technologie (Zellstofferzeugung mit Chlorbleiche) ausgewählten Werksstandorten führte das Umweltbundesamt umfangreiche analytische Untersuchungen zur Immissionssituation der betroffenen Flüsse durch.

- o **Grundwasseruntersuchung im unteren Kampal**

Das Umweltbundesamt führte aufgrund von Hinweisen auf Gewässerbelastung in den Ortsge-

Abgeschlossene Projekte (1988 bis März 1990)

6

meinden Rosenberg, Gars am Kamp, Schönberg am Kamp, Langenlois und Hadersdorf-Kammern Grundwasseruntersuchungen auf verschiedene Belastungsparameter durch.

- o Pestizidrückstandsuntersuchungen
In Wasser- und Bodenproben
des Marchfeldes

In einer Untersuchung wurden der Boden und das Grundwasser in Teilgebieten des Marchfeldes stichprobenartig auf jene Pestizide untersucht, die nach Aussagen der Landwirte ausgebracht wurden.

- o Karsthydrologische Untersuchung
Dachstein

In Zusammenarbeit mit den Ämtern der Oberösterreichischen und Steiermärkischen Landesregierung wurden zur Klärung der unterirdischen Abflußverhältnisse im Dachsteinmassiv laufend umfangreiche Markierungsversuche und Quellaufnahmen durchgeführt. Resultat der Arbeiten waren insbesondere Vorschläge für die Abgrenzung von Schutzgebieten für die Trinkwasserversorgung.

- o Karsthydrologische Untersuchungen
im Kaisergebirge (Tirol)

Die Untersuchungen umfaßten umfangreiche Quellaufnahmen, Langzeitbeobachtungen, Markierungsversuche und Detailuntersuchungen von Quelleinzugsgebieten. Die 1988 fertiggestellten Ergebnisse sollen Grundlagen für die Abgrenzung von Wasserschutzgebieten bilden.

- o Untersuchung der Wölflerquelle
In den Hohen Tauern

Das Einzugsgebiet der Wölflerquelle im Fuscherthal, in der massive bakterielle Verunreinigungen festgestellt worden waren, und die für die Trinkwasserversorgung von Zell am See genutzt wird, wurde zur Planung von Schutzmaßnahmen erfaßt.

6 Schwerpunkt Umweltchemikalien

- o Einrichtung einer Register- und Informationsstelle nach Chemikaliengesetz

Im Rahmen des Vollzugs des Chemikaliengesetzes übernimmt das Umweltbundesamt die Aufgaben der im Chemikaliengesetz vorgesehenen "Zentralen Register- und Informationsstelle", sowie die Abwicklung der sich daraus ergebenden Informations- und Mitteilungspflichten. Damit verbunden ist die fachliche Mitwirkung bei Verordnungen, Erlässen und Bescheiden, sowie bei Beschränkungen, Verboten und Sicherheitsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Chemikaliengesetz.

- o PVC-Studie

Vom Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses wurde das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie ersucht, vom Umweltbundesamt und einigen anderen österreichischen Institutionen eine umfassende PVC-Studie als Grundlage für allfällige Maßnahmen zur PVC-Problematik erstellen zu lassen. Diese Studie enthält eine Darstellung von Umwelt- und Gesundheitsproblemen, die bei der Herstellung, Anwendung und Entsorgung des Kunststoffes PVC auftreten oder auftreten können; Möglichkeiten zur Substitution von PVC, mögliche Maßnahmen zur Reduktion von Gefahren und Problemen im Zusammenhang mit PVC, sowie Produktions- und Verbrauchszahlen von PVC.

7 Schwerpunkt Lärm und Verkehr

- o Ökologie und Straßenverkehr

Die gemeinsam mit Univ.-Prof. Knoflacher (Technische Universität Wien) durchgeführte Studie soll auftretende Konfliktsituationen zum Themenkreis Ökologie und Straßenverkehr/bau aufzeigen und neue Lösungsansätze darstellen.

Laufende Projekte (Stand: April 1990)

7

8 Schwerpunkt Energie und Umweltökonomie

- o Mitarbeit an der Fortschreibung des österreichischen Energieberichtes und Energiekonzeptes

Das Umweltbundesamt hat bereits an dem vorangegangenen Energiebericht der Bundesregierung zu den Themen Emission aus Feuerungsanlagen, verkehrsbedingte Emissionen etc. mitgearbeitet. Für den 1989 zu erstellenden Energiebericht leistete das Umweltbundesamt Beiträge zu einer Neuerfassung der Emissionskoeffizienten sowie zu einer CO₂-Prognose. Außerdem nahm das Umweltbundesamt an zahlreichen Sitzungen zu den Themen Tarifpolitik und Energiesteuer teil.

- o Mitarbeit an der Konzeption des vom BMUJF zu vergebenden Umweltzeichens

Um relativ umweltfreundlichen Produkten am Markt einen Wettbewerbsvorteil zu geben, sollen diese mit einem Umweltzeichen ausgezeichnet werden. Das Umweltbundesamt wurde in die Konzeptionsphase vor Start dieser Aktion eingebunden. Dabei wurden allgemeine Richtlinien bzw. Grundsätze für die Vergabe des Zeichens formuliert und mit dem Bundesministerium f. Umwelt, Jugend u. Familie, dem Verein für Konsumenteninformation und den Sozialpartnern diskutiert. Die Arbeit wurde mit einem internen Bericht abgeschlossen.

(2) Von den laufenden Arbeiten des Umweltbundesamtes seien beispielhaft folgende Projekte größeren Umfangs genannt:

1 Schwerpunkt Luft

- o Flächenhafte Darstellung der Emissionen in Österreich

Für die Schadstoffe bzw. die Schadstoffgruppen SO₂, NO_x, C_xH_y, CO und Staub wird ein leicht aktualisierbares, regionalisiertes Verzeichnis der Emissionen von Luftschadstoffen für die verschiedenen Verursachungsgruppen (Hausbrand, Industrie und Gewerbe, Verkehr) erstellt.

- o Erstellung eines österreichweiten Immissionsdatenverbundes (Projektstufe I)

Für einen österreichweiten Immissionsdatenverbund und zur Verarbeitung der daraus anfallenden Daten werden die hard- und softwaremäßigen Grundlagen geschaffen. In der ersten Projektstufe wird, aufbauend auf Erfahrungen beim Betrieb der Meßstellen des Umweltbundesamtes, ein Gesamtkonzept unter Berücksichtigung der existierenden Meßnetze der

Bundesländer entworfen und in verschiedenen Situationen überprüft.

- o Messungen im Rahmen des ECE-Programmes über den weiträumigen Transport von Luftverunreinigungen

Die Hintergrundmeßstelle Illmitz dient zur Erfassung der Hintergrundbelastung im Osten Österreichs bezüglich Schwefelverbindungen. Die Messungen erfolgen im Rahmen des europaweiten EMEP-Meßprogrammes der ECE. Die Daten dienen als Grundlage zur Erstellung und Verifizierung von Ausbreitungsmodellen für den Schadstofftransport. Darüber hinaus dienen sie zur Kontrolle der Erfüllung der internationalen Vereinbarung zur Reduktion der SO₂- und NO_x-Emissionen. Eine Erweiterung des Programmes auf Stickstoffverbindungen ist in Ausarbeitung. An Meßstellen in St. Koloman (Salzburg) und Achenkirch (Tirol) erfolgen Analysen des Niederschlages auf die sauren Bestandteile. Auch diese Daten werden der internationalen Zentrale des Programmes, die sich in Norwegen befindet, übermittelt.

Laufende Projekte (Stand: April 1990)

8

o Waste Disposal and Utilization

Im Rahmen der ECE befaßt sich eine Task Force mit der Thematik der Verwertung von Nebenprodukten aus primären und sekundären Abgasreinigungstechnologien. Österreich hat die Funktion des "lead country", das Umweltbundesamt die Organisation dieser Task Force und die inhaltliche Mitarbeit an dem Bericht der Arbeitsgruppe übernommen.

o Messungen und Analysen von Immissionsdaten im Rahmen der Vollziehung des Smogalarmgesetzes

Im Rahmen der Vorerhebungen zur Vollziehung des Smogalarmgesetzes erfolgen Immissionsmessungen und Analysen von Immissionsdaten. Ziel der Arbeiten ist es, die Ausweisung von Belastungsgebieten zu unterstützen und dem Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie Hilfestellung bei der Fragestellung zu geben, welche Immissionsmeßstellen in Österreich zur Vollziehung des Smogalarmgesetzes notwendig sind.

o Grenzüberschreitender Schadstofftransport im Raum Preßburg / Kitzsee

Durch mobile und ortsfeste Immissionsmessungen sowie meteorologische Messungen am Boden und in den bodennahen Luftschichten (Akustikradar, Fesselballon) werden Transporte von Luftschadstoffen aus dem Raum Preßburg nach Österreich und die daraus resultierenden Immissionen erfaßt.

2 Schwerpunkt Abfall und Altlasten

o Erfassung und Beurteilung von chemisch-physikalischen Behandlungsanlagen

Um einen Überblick über die bestehenden chemisch-physikalischen Behandlungsanlagen in Österreich, vor allem aber über den Stand der Technik und die durch diese Anlagen hervorgerufenen Umweltbelastungen zu schaffen, werden Technologien und Verfahren der in Österreich betriebenen C / P - Anlagen zusammengefaßt. Gleichzeitig sollen auch die Art und Menge der Sonderabfälle, die in C / P - Anlagen behandelt werden können, erfaßt werden.

o Vermeidung von Galvanikschlämmen

Die Studie soll das Potential zur Vermeidung, Verminderung und Wiederaufarbeitung von Schlämmen aus der Galvanotechnik in Österreich aufzeigen. Der Stand der Technik bei den einzelnen Maßnahmen soll unter besonderer Berücksichtigung der österreichischen Verhältnisse dargestellt werden. Ebenso sollen die Möglichkeiten zur Begrenzung der Abwasseremissionen aufgezeigt werden.

o Führung des Österreichischen Verdachtsflächenkatasters und des Altlastenatlas

Das Altlastensanierungsgesetz (ALSAG) beauftragt das Umweltbundesamt mit der Führung eines Verdachtsflächenkatasters und eines Altlastenatlases. Der Verdachtsflächenkataster enthält eine Volltext- und eine Graphikdatenbank und beinhaltet alle wesentlichen zu einer Verdachtsfläche bekannten Informationen. Die nach einer Bewertung als gefährlich erkannten Verdachtsflächen werden als Altlasten eingestuft; der Altlastenatlas beinhaltet sämtliche gem. Altlastensanierungsgesetz ausgewiesenen Altlasten.

o Luftbildgestützte Erfassung von Alttablagerungen im südlichen Grazer Becken

Aufbauend auf dem Arbeitsprogramm "Luftbildgestützte Erfassung von Alttablagerungen" sollen in Teilen des Grazer Beckens Altstandorte aufgefunden werden. Weiters sollen Grundlagen zur Risikoanalyse und Bewertung der Verdachtsflächen erarbeitet werden.

o Screening der Altlasten- und Grundwassersituation im Bereich Mitterndorfer Senke

Der Raum der Mitterndorfer Senke wurde seit den siebziger Jahren im Hinblick auf die Verunreinigung des Grundwassers von mehreren Institutionen intensiv untersucht. Das vorliegende Projekt sieht eine Zusammenfassung der verfügbaren Daten zu den Themen Verdachtsflächen, Grundwasseranalysen und hydrogeologische Verhältnisse vor. Ein wesentlicher Schwerpunkt des Projekts liegt weiters in der Analyse von Luftaufnahmen, die bis in die fünfziger Jahre zurückreichen. Aus ihnen werden Daten über Lage und Verfüllung der Verdachtsflächen in verschiedenen Zeiträumen durch photogrammetrische Verarbeit-

Laufende Projekte (Stand: April 1990)

9

tung erhoben. Zu diesen Verdachtsflächen werden weitere Informationen durch Begehungen und die Befragung relevanter Personenkreise gewonnen.

3 Schwerpunkt Boden, Vegetation und Ökosysteme

o Dioxine in Österreich

Der Problembereich "Dioxine in der Umwelt" und die Auswirkungen auf den Menschen werden beschrieben, österreichische Daten zusammengefaßt und Ergebnisse ausländischer Studien auf Österreich übertragen. Die Dioxinmissionen und diffuse Dioxinquellen werden anhand von österreichischen Studien abgeschätzt.

o Abschätzung der möglichen Auswirkungen des Einsatzes genetisch veränderter Organismen für Ökosysteme

Ziel des Projektes ist eine Darstellung der derzeitigen Situation in Österreich. Potentielle Gefahren für die Umwelt sollen aufgezeigt sowie Arbeitsgrundlagen für eine gesetzliche Regelung des Umganges mit und der Freisetzung von genetisch veränderten Organismen erstellt werden.

o Schadstoffbelastung in terrestrischen Ökosystemen im Raum Linz

Im Raum Linz werden Boden- und Vegetationsproben auf Schadstoffe untersucht. Zur Erfassung der Raumbelastung sollen vorwiegend Böden von Dauergrünland auf organische Schadstoffe (PAHs, CKWs – insbesondere Dioxine) und Schwermetalle untersucht werden. Einzelne einem stärkeren Immissionseinfluß ausgesetzte Acker- und Waldstandorte werden mit einbezogen.

o Beobachtung des Waldzustandes auf Dauerversuchsfeldern in Vorarlberg

Mit Color-Infrarotluftbildern und begleitenden terrestrischen Untersuchungen von Teilen des Landesgebietes wird auf Ersuchen von und in Zusammenarbeit mit dem Amt der Vorarlberger Landesregierung und dem Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen die seit 1984 laufende Waldschadenserhebung weitergeführt. Das mo-

deme Verfahren, das künftig auch bei der gesamtösterreichischen Waldzustandsinventur des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft angewendet werden soll, wird an den Testflächen eingesetzt, um kleinräumige Veränderungen des Waldzustandes zu dokumentieren.

o Untersuchung von Latschenbeständen im Karwendelgebirge mit Hilfe von Infrarotluftbildern

In Zusammenarbeit mit der Landesforstdirektion Tirol und gemeinsam mit der Bayerischen Forstlichen Forschungs- und Versuchsanstalt werden vergleichende Erhebungen über den Zustand der Latschenbestände im Karwendelgebirge durchgeführt. Dies erfolgt in Koordination mit gleichartigen Untersuchungen in Bayern.

4 Schwerpunkt Natur und Landschaft

o Erstellung und Führung eines österreichweiten digitalen Schutzgebietskatasters

Ziel dieses Projektes ist die digitale Erfassung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten sowie von Wasserschutz- und Schongebieten im Gauß-Krüger System.

o Zustandskontrolle von Natur- und Landschaftsschutzgebieten in Österreich

Das Projekt soll über den Zustand der Natur- und Landschaftsschutzgebiete Aussagen treffen. Dabei sollen unter anderem die Erreichung des Schutzziels überprüft und die Einhaltung von Auflagen sowie im Einzelfall Vorschläge für Managementvorkehrungen erarbeitet werden.

o Kontrolle und ökologische Bestandsaufnahme der im RAMSAR-Abkommen ausgewiesenen österreichischen Gebiete

Österreich verpflichtete sich mit der Unterzeichnung des RAMSAR-Abkommens 1983 (BGBl. Nr. 225/1983) zur Förderung des Schutzes von Feuchtgebieten, insbesondere jener, die als Lebensraum für Wasser- und Watvögel von internationaler Bedeutung sind. Durch eine Bestandsaufnahme sowie Kontrolle der ausgewiesenen fünf Gebiete (Neusiedlersee und Lacken im See-

Laufende Projekte (Stand: April 1990)

10

winkel, Donau-March-Auen, Untere Lobau, Stauseen am Unteren Inn, Rheindelta/Bodensee) sollen ein Überblick über ihren derzeitigen Zustand und die naturräumlichen Entwicklungsmöglichkeiten gewonnen sowie ökologische Konzepte für die Schutzgebiete skizziert werden.

- o Erstellung eines Flächeninformationssysteme verschiedener Biotoptypen

Österreichweit vorhandene Informationen über besonders schützenswerte Biotope, wie z.B. Moore, Trockenrasen, Auen, etc. werden in EDV-abruflbarer Form zusammengefaßt.

- o Biotopkartierung im Nationalpark Hohe Tauern

Biotopkartierung im Gebiet um Mallnitz (Bockriegel – Hindenburghöhe – Tauern – Maresen) mit spezieller Ausrichtung auf die Erfassung und Bewertung der Nutzungsintensitäten in den Bereichen Land-, Forst-, Alm- und Jagdwirtschaft sowie Wegebau. Hilfsmittel für die Erfassung der Biotoptypen sollen der Kartierungsschlüssel des Bayerischen Landesamtes für Umweltschutz und der vom Umweltbundesamt herausgegebene Biotoptypenkatalog sein.

- o Biotoperhebung militärisches Sperrgebiet Allentsteig

Das etwa 165 km² umfassende, im niederösterreichischen Waldviertel gelegene militärische Sperrgebiet wird hinsichtlich der Biotopausstattung für die Artengruppe Amphibien – Reptilien, Fledermäuse, Mollusken, Vögel, Pflanzen sowie für die Tierart Fischotter von verschiedenen Institutionen im Auftrag des Bundesheeres erfaßt. Das Umweltbundesamt übernimmt die Koordination sowie den vegetationskundlichen Teil dieses Gesamtprojektes. Neben der Biotopausstattung sollen naturschutzrelevante Aspekte – insbesondere im Zusammenhang mit dem militärischen Übungsbetrieb – untersucht werden.

5 Schwerpunkt Wasser

- o Bericht über die Belastung der Gewässer Österreichs mit chemischen Schadstoffen

In einem internen Bericht wurden zunächst die bis 1988 vorliegenden Untersuchungen über chemische Verunreinigungen in Österreichs Gewässern zusammengestellt.

- o Untersuchung über Verschmutzung der Gletscher auf den österreichischen Gletscherschigebieten

In 8 ausgewählten Gletscherschigebieten erfolgen chemische Untersuchungen von Schnee- und Gletscherwasserproben, um die allfällige Verschmutzung von Gletscherschigebieten zu untersuchen. Diese Proben sollen auf den Gehalt an chemischen Präparierungsmitteln (Natrium, Kalium, Kalzium, Stickstoff, Phosphor, Chlor) untersucht werden. Weiters sollen Untersuchungen in Hinblick auf eventuellen Mineralöleintrag und Femeintrag von Schadstoffen (chlorierte und nicht chlorierte Kohlenwasserstoffe, Pestizide) mittels einer Ultraspurenanalyse (Gaschromatographie) durchgeführt werden.

- o Mitwirkung bei der Ausarbeitung von Grundlagen zur Erstellung eines Grundwasserkatasters

In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, den Ämtern der Landesregierungen, dem Bundeskanzleramt (Gesundheit) und den Wasserversorgungsunternehmen sollen eine Erhebung des Ist-Zustandes österreichischer Grundwässer vorgenommen und ihre langzeitigen Veränderungen beobachtet werden. Zur Vorbereitung dieser Arbeit wurde eine Gesprächsplattform eingerichtet, in der die notwendigen analytischen und organisatorischen Grundlagen erarbeitet bzw. festgelegt werden sollen.

- o Grundwasserqualität Tullner Feld

Durch eine vierteljährliche Beprobung von etwa 40 Grundwassersonden bzw. Brunnen soll die qualitative Beschaffenheit des Grundwasservorkommens im Tullner Feld (nördlich und südlich der Donau) erfaßt werden. Spezifische potentielle

Laufende Projekte (Stand: April 1990)

11

Verunreinigungsquellen wie z.B. Deponien, Industriebetriebe, Landwirtschaft, etc. sollen durch Auswahl entsprechender Untersuchungsparameter berücksichtigt werden.

o Markierungsversuche Dachstein – West

In Fortführung der im Dachsteingebiet zur Erlassung einer Schongebietsverordnung durchgeführten karsthydrologischen Untersuchungen werden auf Anregung des Landes Oberösterreich Markierungsversuche durchgeführt. Dabei sollen an bestimmten, nach hydrogeologischen Gesichtspunkten ausgewählten Stellen, zu verschiedenen Jahreszeiten Einspeisungen erfolgen, um die bei hohem und niedrigem Bergwasserstand unterschiedlichen unterirdischen Abflußverhältnisse näher zu untersuchen. Es ist geplant, im Frühsommer und Herbst 1990 vier Einspeisungen vorzunehmen und ca. 15 Quellen zu beobachten.

6 Schwerpunkt Radioökologie

o Radionuklide im Waldökosystem

In zwei Waldgebieten (Kobernauber Wald, Oberösterreich; Weinsberger Wald, Niederösterreich), die durch Radionuklide in Folge des Reaktorunfalles von Tschernobyl stärker betroffen sind, soll das Verhalten von Radionukliden im Waldökosystem untersucht werden. Es soll versucht werden, Bioindikatoren für eine österreichweite flächendeckende Untersuchung zur Belastung des Waldökosystems durch Radionuklide zu finden.

7 Schwerpunkt Umweltchemikalien

o Durchführung des Nachmeldeverfahrens nach Chemikaliengesetz

Im Rahmen des Vollzugs des Chemikaliengesetzes führt das Umweltbundesamt das Nachmeldeverfahren mit Ausnahme der hoheitlichen Agenden durch. Dabei erfolgt neben der Verwaltung der eingereichten Unterlagen und Daten

deren Überprüfung auf Validität und Plausibilität sowie die Bewertung der Stoffe bezüglich einer Empfehlung auf Aufnahme in das österreichische Altstoffverzeichnis.

o Durchführung des Anmelde- und Meldeverfahrens nach Chemikaliengesetz

Im Rahmen des Vollzugs des Chemikaliengesetzes führt das Umweltbundesamt das Anmeldeverfahren für neue Stoffe sowie das Meldeverfahren für Stoffe unter einer Jahrestonne, Forschungstoffe und Exportstoffe mit Ausnahme der hoheitlichen Agenden durch. Neben der Verwaltung der eingereichten Unterlagen und Daten liegt hierbei das Hauptgewicht auf deren Überprüfung auf Validität und Plausibilität, sowie der Bewertung des Stoffes bezüglich einer Empfehlung auf Durchführung zusätzlicher Prüfungen oder die Veranlassung sonstiger geeigneter Maßnahmen.

o Altstoffkataster nach dem Chemikaliengesetz – Projektstufe 1

Für die Errichtung des österreichischen Altstoffkatasters gem. § 12(2) Chemikaliengesetz soll eine Altstoffdatenbank eingerichtet werden. Die Erarbeitung von Strategien und Kriterien für die Prioritätensetzung bzw. die Auswahl der zur Bearbeitung bestimmten Stoffe soll in Übereinstimmung mit dem wissenschaftlichen Ausschuß der Chemikalienkommission sowie in Zusammenarbeit mit ausländischen Institutionen erfolgen.

8 Schwerpunkt Lärm und Verkehr

o Erstellung eines bundesweiten Katasters der Geräuschemissionen des Kraftfahrzeugverkehrs auf Bundes- und Landesstraßen

Für das gesamte Bundesgebiet sollen die Geräuschemissionen des Straßenverkehrs errechnet und mittels stichprobenartiger Messungen überprüft werden. Das Berechnungsverfahren basiert auf der Dienstanweisung des Bundesministeriums für Bauten und Technik betreffend die Berechnung von Straßenverkehrslärm.

Laufende Projekte (Stand: April 1990)

12

- o Erstellung eines bundesweiten Katasters der Geräuschemissionen des Flugverkehrs

In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr und der Versuchsanstalt für Wärme- und Schalltechnik (TGM, Wien) sollen die Lärmschutzzonen an Flughäfen und Flugplätzen Österreichs ermittelt werden. Ab 1990 soll in einer Pilotstudie auch die Geräuschemission von Flugverkehr entlang der Luftstrassen erfaßt werden.

- o Erstellung eines bundesweiten Katasters der Geräuschemissionen des Schienenverkehrs

Für das gesamte Bundesgebiet sollen die Geräuschemissionen des Schienenverkehrs unter Zugrundelegung eines an der Versuchsanstalt für Wärme- und Schalltechnik (TGM, Wien) neuentwickelten Rechenmodells errechnet und anhand von stichprobenartigen Messungen überprüft werden.

9 Schwerpunkt Energie und Umweltökonomie

- o Mitwirkung an der Erhebung der Energiesparpotentiale in Österreich

In Zusammenarbeit des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend u. Familie, des Bundesministeriums für Öffentliche Wirtschaft u. Verkehr und des Umweltbundesamtes wird eine Studie über Energiesparpotentiale in Österreich mit konkreten Vorschlägen zu deren Mobilisierung erstellt.

- o Alternativenergien in Österreich

Im Rahmen dieses Projektes soll einerseits eine regionalisierte Erhebung der Potentiale an Alternativenergieträgern (Holz, Stroh, Biogas, sonst. Biomasse, Sonne, Wind und Geothermie) erfolgen. An eine Darstellung in Kartenform ist gedacht. Andererseits soll der Ist-Zustand bei den einzelnen Energieträgern dargestellt werden (Zahl der realisierten Projekte, Erfahrungen, Wirtschaftlichkeit, Umweltaspekte, energiewirtschaftliche Bedeutung, Barrieren für die verstärkte Marktdurchdringung, etc.).

10 Schwerpunkt Umweltinformation

- o Aufbau des EDV-gestützten Umwelt-Informationssystems UBA / IS

Eine der gesetzlich festgelegten Aufgaben des Umweltbundesamtes ist die Erstellung eines bundesweiten Umweltinformationssystems. Im Zuge des Aufbaus dieses Umweltinformationssystems werden die hard- und softwaremäßigen Voraussetzungen geschaffen sowie in projektspezifischer Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachabteilungen des Umweltbundesamtes adäquate Darstellungs- und Auswertungsmöglichkeiten der erhobenen Daten erarbeitet.

- o National Focal Center für ECE-Mapping-Programm

Im Rahmen des ECE-Mapping-Programms verpflichten sich die teilnehmenden Länder, ein National Focal Center einzurichten. Das Umweltbundesamt wurde seitens des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie als solches nominiert. Die Aufgaben des NFC beinhalten die Entwicklung von graphischen Datengrundlagen zu den verschiedensten Themenbereichen, wie Wald, Schutzgebiete, ökologisch sensible Flächen etc. sowie die Anwendung des von der ECE gemeinsam entwickelten Handbuches. Die Daten sind als Graphiken in eine gesamtösterreichische Darstellung zu integrieren; EDV-Schnittstellen sind zu schaffen. Ein erster Schwerpunkt soll die Probleme der Verfügbarkeit von Luftmeßdaten und deren Aussagekraft in bezug auf "critical loads" und "critical levels" betreffen.

- o Betrieb eines National Focal Point (NFP) im Rahmen des Informationssystems INFOTERRA des United Nations Environment Programme (UNEP)

Im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz wurde die Zusammenarbeit mit INFOTERRA (Sitz: Nairobi/Kenya) im August 1986 aufgenommen und 1987 ein National Focal Point im Umweltbundesamt eingerichtet. Im Rahmen dieses Informationssystems werden u.a. weltweit Informationen über Umweltfragen vermittelt, wobei insbesondere den Informationsbedürfnissen und Umweltproblemen im Bereich von Entwicklungsländern Rechnung getragen werden soll.

Zum Bericht der Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie betreffend den Tätigkeitsbericht 1988/89, den Rechnungsabschluß 1988 und den Wirtschaftsplan 1990 des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds (III-128 d.B./XVII.GP)

GENEHMIGTER WIRTSCHAFTSPLAN 1990

UMWELT- UND WASSERWIRTSCHAFTSFONDS

(ÖKOFONDS)

REISNERSTRASSE 4

A-1030 WIEN

Tel.: (0222) 72 51 07-0, 72 61 28-0

1.) Erläuterungen zum Budget 1990

Einnahmen

Die Positionen I sowie III bis VII der Einnahmen des Budgets 1990 des Fonds wurden dem Haushaltsvoranschlag des Bundes 1990 (Bundesfinanzgesetz) entnommen.

Unter Punkt II (Altlastenbeitrag) wurde aufgrund der quartalsweisen Überweisung der Mittel im Nachhinein ein 25 %iger Abschlag gegenüber der Budgetziffer 1990 im Bundesfinanzgesetz (S 390 Mio) vorgenommen. Davon wurden noch 10 % für die Überweisung an das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie in Abzug gebracht.

Die unter Punkt VIII angeführten Rückflüsse aus gewährten Darlehen wurden den tilgungsplanmäßigen Rückflüssen aus der Buchhaltung entnommen, wobei aus Gründen einer vorsichtigen Gebarung ein 10 %iger Abschlag für verzögerte Rückflüsse bzw. Ausfälle (z. B. Stundungen, Beitragsumwandlungen) vorgenommen wurde.

Der Punkt IX stellt aufgrund der bisher geringen Höhe der Einnahmen aus diesem Titel lediglich eine Erinnerungspost dar.

Ausgaben

Die unter Punkt I vorgesehenen Förderungsausgaben wurden folgendermaßen ermittelt:

- a) Förderungen nach dem Altlastensanierungsgesetz: S 761 Mio - diese Mittel entsprechen den erwarteten Einnahmen aus dem Altlastenbeitrag und den möglichen Fremdmittelaufnahmen für 1990 (Punkt X der Einnahmen) für diesen Zweck.
- b) Förderungen nach dem Umweltfondsgesetz: S 445 Mio - diese Mittel wurden entsprechend den im Bundesbudget 1990 veranschlagten Investitionszuschüssen abzüglich

- 2 -

des Fondsaufwandes angesetzt.

- c) Förderungen nach dem Wasserbautenförderungsgesetz: S 7.045 Mrd. - dieser Betrag wurde als Differenz zwischen den zur Verfügung stehenden Mitteln und den übrigen zu erwarteten Ausgaben festgelegt. - Damit bildet dieser Betrag die Obergrenze für Auszahlungen nach dem Wasserbautenförderungsgesetz und somit auch einen Richtwert für mögliche Förderungszusagen im Jahr 1990 (siehe Pkt. 5) des Wirtschaftsplanes).

Die Ausgaben für die Punkte II (Marchfeldkanal) und III (Regionalstudien) wurden aufgrund der bestehenden Verpflichtungen aufgenommen. - Der Betrag für Auszahlungen für die Errichtung des Marchfeldkanals wurde gegenüber dem Vorjahr angehoben, da aufgrund der bisherigen - trotz des fortschreitenden Ausbaus - Nichtinanspruchnahme des Betrages für 1989 mit einem wesentlich höheren Mittelbedarf im Jahre 1990 gerechnet wird.

Der Punkt IV der Ausgaben (Schuldendienst des Fonds) wurde aufgrund der beim Fonds aufliegenden Tilgungspläne für die aufgenommenen Fremdmittel in das Budget 1990 aufgenommen.

Punkt VI (Fondsaufwand) wurde anhand der Ergebnisse der Vorjahre unter Einbeziehung des Aufwandes für die Erstellung von EDV-Programmen im Bereich Wasserwirtschaftsdatenbank und Debitorenbuchhaltung sowie des höheren Personalaufwandes durch die Aufgaben der Altlastensanierung geschätzt, und zwar S 25 Mio für Personal-, S 25 Mio für Sachaufwand und S 5 Mio für sonstigen Aufwand.

- 3 -

2.) Rückflüsse aus den gewährten Darlehen (Tilgung und Zinsen) 1990 bis 1994 in Mio S

| | lt. Tilgungsplan | bei 10 % Abschlag |
|------|------------------|-------------------|
| 1990 | 2.580,6 | 2.322,5 |
| 1991 | 2.664,9 | 2.398,4 |
| 1992 | 2.677,5 | 2.409,8 |
| 1993 | 2.659,0 | 2.393,1 |
| 1994 | 2.578,5 | 2.320,7 |

Der 10 %ige Abschlag wurde für Ausfälle - insbesondere für die Gewährung von Beitragsumwandlungen gem. § 18 Abs. 1 und gem. Art. II des WBFG vorgenommen.

Eine geringfügige Verschiebung von Beträgen durch Veränderungen des Tilgungsbeginnes - durch frühere oder spätere Fertigstellung von Anlagen - ist möglich. Insgesamt erstrecken sich die Rückflüsse bis ins Jahr 2049.

3.) Schuldendienst für aufgenommene Anleihen und Kredite 1990 bis 1994 in Mio S

| | Tilgung | Zinsen | Gesamt |
|------|---------|--------|--------|
| 1990 | 331 | 666 | 997 |
| 1991 | 331 | 835 | 1166 |
| 1992 | 65 | 987 | 1052 |

Insgesamt bestehen Verpflichtungen bis in das Jahr 2012.

4.) Vorbelastungen des Fonds per 25.10.1989 (in Mio S)

4a) Zinsenzuschüsse und Investitionszuschüsse nach dem Umweltfondsgesetz (nach der 24. Kommissionsitzung)

| | |
|------|-------|
| 1989 | 168,0 |
| 1990 | 420,3 |
| 1991 | 211,5 |
| 1992 | 179,2 |
| 1993 | 102,9 |

Gesamt 1.081,9

- 4 -

Von der Vorbelastung 1989 werden voraussichtlich ca. S 120 Mio noch im Jahr 1989 ausgezahlt werden, somit würde sich der Betrag für 1989 auf S 48 Mio reduzieren.

4b) Darlehen und Beiträge nach dem Wasserbautenförderungsgesetz

(inkl. Fondsmittelverteilung vom 25. 10. 1989)

| | |
|------|---------|
| 1990 | 6.479,5 |
| 1991 | 3.760,7 |
| 1992 | 1.898,7 |
| 1993 | 834,9 |
| 1994 | 382,4 |
| 1995 | 108,0 |
| 1996 | 57,4 |

Gesamt 13.521,6

Darüber hinaus besteht eine Nichtauslastung von Beträgen aus Vorjahren wie folgt (nicht in Anspruch genommene Beträge):

| | |
|----------------|---------|
| bis inkl. 1988 | 5.391,3 |
| 1989 | 7.399,1 |

Gesamt 12.790,4

Bis Jahresende ist mit einer Reduzierung des Betrages für 1989 um ca. S 1.500 Mio zu rechnen, somit auf S 5.899,1 Mio.

Von den zugesicherten Beträgen werden im langjährigen Schnitt ca 12 % nicht in Anspruch genommen (Entfall). Somit kann davon ausgegangen werden, daß ca. S 3,200 Mio von den angeführten Beträgen nicht zur Auszahlung gelangen werden und im Zuge der Endabrechnung ausgebucht werden. Die übrigen auf das Jahr 1988 entfallenden Beträge werden sich aufgrund von Verzögerungen im Baugeschehen bzw. bei der Abrechnung der Projekte

- 5 -

auf die nächsten Jahre verteilen. Die verbleibende Vorbelastung des Jahres 1989 wird per Ende 1989 gemäß Punkt 5 des Wirtschaftsplanes erheblich reduziert werden.

5.) Mögliche Förderungszusagen 1990

5a.) nach dem Wasserbautenförderungsgesetz:

Aufgrund der derzeit bekannten Ziffern ist für 1989 mit einer Zuzählungssumme von ca. S 6.000 Mio zu rechnen.

Bezogen auf die zu Jahresbeginn vorhandene Vorbelastung für 1989 würde dies eine Auslastung von lediglich 73 % bedeuten (Jahresquote 1989 betrug per 1.1.1989 S 8.265,6 Mio). - Die Auslastung beträgt hingegen im langjährigen Durchschnitt ca. 88 %.

Die nicht in Anspruch genommenen Mittel werden mit ca. S 1.500 Mio überwiegend auf die im Jahr 1989 neu zugesicherten Projekte entfallen, wobei die Förderungszusicherungen bereits im Mai bzw. Juni 1989 ausgestellt wurden.

Da alle diese Projekte im Jahr 1989 hätten begonnen werden sollen, kann mit einer Verschiebung der Inangriffnahme der Projekte in das Jahr 1990 gerechnet werden.

Es ist jedoch ungewiß, in welchem Ausmaß es in diesen Fällen zu einem "Nachholeffekt", d.h. zu einer Verbauung der für 1989 vorgesehenen Mittel im Jahr 1990 kommt.

Aus den bisherigen Erfahrungen ist jedoch eher damit zu rechnen, daß es in den meisten Fällen zu einer einjährigen Verschiebung des gesamten Baugeschehens kommen wird.

Es wird daher angenommen, daß ca. 15% der im Jahr 1989 nicht in Anspruch genommenen Jahresquote 1989 im Jahr 1990 angesprochen werden.

- 6 -

Somit ergibt sich folgende Restquote für 1990 (in Mio S):

| | Jahresquote per 25. 10. 89 | | = | erwartete Zuzählung | |
|-------|----------------------------|--------|---|---------------------|------------------|
| 1990 | 6. 479, 5 | x 88 % | = | 5. 702 | |
| 1989* | 5. 899, 1 | x 15 % | = | 885 | |
| | | | | | <hr/> |
| | | | | | 6. 587 |
| | | | | | <hr/> |
| | | | | | 7. 045 Budget |
| | | | | | <hr/> |
| | | | | | 458 Differenz |
| | | | | | ===== (Restquote |
| | | | | | 1990) |

Unter der aus der langjährigen Erfahrung gestützten Annahme, daß ca. 35 % einer Fondsmittelverteilung auf die Quote des laufenden Jahres entfallen, würde dies für die für Frühjahr 1990 geplante Fondsmittelverteilung 1990 (2. Teil) eine mögliche Förderungssumme von insgesamt ca. S 1.300 Mio zulassen, um den im Budget 1990 vorgesehenen Rahmen für Förderungen nach dem WBFG einzuhalten. - Daraus ergibt sich für 1990 eine mögliche Fondsmittelverteilung von insgesamt ca. S 5.975 Mio.

Um Unsicherheiten bei der Finanzplanung die Jahre 1991 bis 1993 betreffend zu reduzieren, wird Ende 1989 für alle nicht in Angriff genommenen Projekte eine Neufestsetzung der zugesicherten Jahresquoten erfolgen.

5b) nach dem Umweltfondsgesetz:

Die per 31.12.1989 bestehenden Vorbelastungen (Rest 1989 und 1990) von ca. S 470 Mio werden einerseits durch die 1990 für diesen Zweck verfügbaren Mittel von S 445 Mio und andererseits durch die bestehenden Reserven aus den Vorjahren von ca S 350 Mio bedeckt.

Der danach verbleibende Restbetrag von ca. S 325 Mio steht für neue Förderungszusagen zur Verfügung.

- 7 -

5c) nach dem Altlastensanierungsgesetz:

In diesem neuen Bereich gibt es noch keine Vorbelastungen. Aufgrund der erst kurzen Geltungsdauer des Gesetzes sind auch noch keine konkreten Aussagen über ein Antragsvolumen und damit über mögliche Förderungszusagen im Jahr 1990 möglich.

UMWELT- UND WASSERWIRTSCHAFTSFONDS

BUDGET 1990 (in Mio S)

Einnahmen:

| | 1990 | 1989 | Erg. 1988 |
|--|--------|-------|------------|
| I. Investitionszuschüsse Bund (gem. § 2 Abs. 1 Z 1 UWFG) | 500 | 200 | (101,9) |
| II. Altlastenbeitrag (gem. § 2 Abs. 1 Z 10 UWFG) | 261 | -- | -- |
| III. Ausgabenermächtigung gem. BFG (Umweltfongesetz) | 100 | 100 | -- |
| IV. Zuschuß aus Katastrophenfonds | -- | 300 | (500,0) |
| V. Konjunkturausgleichs- voranschlag (Bund) | 260 | 260 | -- |
| VI. UST Anteile (gem. § 2 Abs. 1 Z 2 und 5 UWFG) | | | |
| 1) Bund | 762 | | |
| 2) Gemeinden | 408 | | |
| 3) Länder | 603 | | |
| | 1.773 | 1.682 | (1.572,9) |
| VII. Tangente aus Steuern und Wohnbauförderung (gem. § 2 Abs. 1 Z 3 und 4 UWFG) | 2.029 | 1.817 | (1.885,5) |
| VIII. Rückflüsse von Darlehen (gem. § 2 Abs. 1 Z 6 und 7 UWFG) | | | |
| 1) Tilgung | 1.665 | | |
| 2) Zinsen | 658 | | |
| 3) so. Zinsen | 20 | | |
| | 2.343 | 2.500 | (2.416,2) |
| IX. sonstige Einnahmen und Geldstrafen (gem. 2 Abs. 1 Z 9 und 11 UWFG) | -- | -- | -- |
| X. Einnahmen aus Aufnahme von Anleihen und Krediten (gem. § 2 Abs. 1 Z 8 UWFG) | 2.750 | 2.250 | (2.250,0) |
| | 10.016 | 9.109 | (8.726,5) |

Ausgaben:

| | 1990 | 1989 | Erg. 1988 |
|---|--------|-------|------------|
| I. a) Förderungen (Wasser) | 7.045 | 6.800 | (5.859,7) |
| Ermächtigung - Konjunktur- ausgleichsvoranschlag | 260 | 260 | -- |
| b) Förderungen (Umwelt) | 445 | 500 | (447,2) |
| Ermächtigung-Budget | 100 | 100 | -- |
| c) Förderungen (Altlasten) | 761 | -- | -- |
| II. Marchfeldkanal | 350 | 200 | (85,0) |
| III. Regionalstudien | 3 | 7 | (7,3) |
| IV. Schuldendienst für Anleihen und Kredite | | | |
| 1) Tilgung | 331 | | |
| 2) Zinsen | 666 | | |
| | 997 | 1.172 | (2.283,8) |
| V. Anleiheemission | -- | 25 | -- |
| VI. Fondsaufwand | | | |
| 1) Personal u. Sachaufwand | 50 | | |
| 2) Zinsen (kurzfristig) | 5 | 45 | (41,5) |
| | 10.016 | 9.109 | (8.726,5) |

DRUCKFEHLERBERICHTIGUNG zum Ersten Umweltkontrollbericht
(III-95 d.B./XVII. GP)

S 8: Tab. 3.2.1: SO_2 -Emissionen (in 1000 t S) in europäischen Ländern

S 9: Abb. 3.2.1: SO_2 -Emissionen (in 1000 t S) in den Rasterfeldern

S 33: vorletzter Absatz: ... von 120 ppb festgestellt ...

S 102: erster Absatz: ... Normalbenzin von zwei Proben überschritten wurde. Die anderen Werte ...

S 129: in Tab. 4.2.1 - Richtwert: 1000 µg/l

S 130: zweiter Absatz: ... von 30 µg/l bzw. 50 µg/l ...

S 139: Tab. 4.3.2: alle Werte der Spalte "Summe der KW" sind mit 10 zu multiplizieren

S 142: sechster Absatz: ... ÖNORM M 6208 ...

S 249: vorletzter Absatz: ... durch Photooxidantien ...